

Zeitschrift: Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen
Herausgeber: Emanzipation
Band: 5 (1979)
Heft: 8

Artikel: Frauen wählen Frauen : jeder zweite Abgeordnete ist eine Frau
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-359099>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

**Die Zeitung der
Organisation für
die Sache der
Frauen**

5. Jg.
Oktober 79 Nr. 8

Herausgeber: OFRA Lindenberg 23, 4058 Basel

Redaktion: Katrin Bohren

Druck: Hochuli

10 Nummer im Jahr

Preis: Abo. Fr. 13.--

Einzel Fr. 1.30

OFRA

emanzipation

Frauen wählen Frauen



**Jeder zweite
Abgeordnete
ist eine
Frau**

In den Reihen der OFRA gibt es viele fortschrittliche Frauen, die sich auch in Parteien aktiv für die Sache der Frauen einsetzen. Frauen in der POCH, SP, PdA und RML. Wir haben von jeder Partei eine Frau angefragt, ob sie uns ihre Überlegungen zu ihrer Kandidatur mitteilen könnte. Ihre Darstellungen bieten auch unseren Leserinnen einen guten Einblick ins Parteileben und die Probleme der aktiven Frauen dort.

Die Anliegen der Frauen werden in Bern seit Jahrzehnten verlauert und von einem Männerparlament wie dem bisherigen ist wohl kaum auch etwas anderes zu erwarten. Deshalb finden wir es ganz besonders wichtig, dass alle fortschrittlichen Frauen am 20./21. Oktober zur Urne gehen und ihre Stimme, wenn möglich kummuliert, den fortschrittlichen Frauen geben.

INHALT

FRAUEN WÄHLEN FRAUEN

WEIBERHERRSCHAFT

TANZ MIT LEIB UND SEELE

MANN – FRAU – BEZIEHUNG

EIN VERSUCH

KONGRESSDISKUSSION

Das bürgerliche Parlament entlarven

Als Nationalratskandidatin der RML, also als eine Frau, die sicher keine Chance hat, gewählt zu werden, möchte ich zuerst erklären, weshalb ich es trotzdem richtig finde, an diesen Wahlen teilzunehmen. Eine Teilnahme ermöglicht es, unsere Alternative zur Politik der anderen Linksparteien einem breiteren Publikum bekannt zu machen:

- Die Politik der RML unterscheidet sich grundsätzlich dadurch, dass wir der Arbeit im Parlament keine vorrangige Bedeutung geben, weil wir davon ausgehen, dass der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft nicht im Parlament stattfindet.
- Der Schwerpunkt unserer Arbeit liegt deshalb auf der Stärkung der Gewerkschaften, der Frauenbewegung, der Anti-AKW-Bewegung etc. durch unsere aktive Mitarbeit.
- Ohne starke, kämpferische Frauen- und Arbeiterbewegung wird auch im Parlament keine fortschrittliche Politik gemacht werden können. Ebensovienig genügt es, einige fortschrittliche Frauen ins Parlament zu wählen, um grundsätzlich etwas an der Situation der Frauen zu verändern.

Ich selbst bin in der Ofra und im Basler Unterstützungskomitee der Mutterschafts-Initiative. Gerade am Beispiel dieser Initiative zeigt sich sehr gut, dass auf parlamentarischem Weg nichts erreicht wird, wenn es nicht gelingt, dass viele Frauen und Männer aktiv hinter dieser Forderung stehen. Der Vorstoss von Gabrielle Nanchen zum Mutter-

schaftsschutz könnte dann von der nationalrätlichen Kommission nicht mehr stillschweigend zurückgelegt werden. Ebenso wird die MSV-Initiative bei einer Abstimmung keine Chance haben, wenn nicht eine aktive Kampagne geführt wird, um breite Bevölkerungskreise von der Richtigkeit dieser Forderung zu überzeugen. Ein Unterstützungskomitee bietet die Möglichkeit, dass Unorganisierte sich engagieren und dass Frauenbewegung, Gewerkschaften und Arbeiterparteien zusammenarbeiten. Ich bin der Meinung, dass die verschiedenen Teile der Arbeiterbewegung auf konkreten Forderungen zusammenarbeiten müssen.

Auch bei den anderen Forderungen der RML-Wahlkampagne treten wir für eine Einheitspolitik der Arbeiterorganisationen ein:

- Mutterschaftsschutz und Recht auf Abtreibung!

Diese beiden Forderungen sind für mich nicht zu trennen. Immer noch wird uns das Recht abgesprochen, über unseren Körper selbst zu entscheiden. Es wird weiterhin an den Frauen liegen, für ihre Rechte zu kämpfen. Ich meine aber, dass wir erreichen müssen, dass auch die anderen Organisationen der Linken unsere Forderungen aktiv unterstützen.

- Öffentliche Lehrwerkstätten!

Unter der schlechten Berufsausbildung leiden besonders stark Frauen, Immigranten, Sekundar- und Sonderschüler. Wenn wie heute ein Mangel an Lehrstellen vorherrscht, wird zuerst denjenigen Gruppen eine quali-



Karin Grütter, 21 Jahre alt, studiere an der Basler Uni, Mitglied der Revolutionären Marxistischen Liga, der Ofra

fizierte Ausbildung vorenthalten, für die ein Beruf nicht so wichtig schein. Dazu gehören v.a. auch wir Frauen.

- Verzicht auf alle AKW
- Gleiche Rechte für Schweizer und Ausländer

Im Gegensatz zu anderen Parteien wollen wir nicht die Illusion wecken, dass diese Forderungen verwirklicht werden können, dadurch dass die RML in den Nationalrat gewählt wird. Da das Parlament aber ein Ort ist, wo Angelegenheiten diskutiert werden, die die Lohnabhängigen betreffen, wollen wir anwesend sein. Die Aufgabe der RML wäre es, das bürgerliche Parlament zu entlarven und zu zeigen, dass unser Ziel, eine sozialistische Gesellschaft, nur erreicht werden kann, wenn die lohnabhängigen Frauen und Männer sich aktiv für ihre Interessen einsetzen.

Feminismus nach Bern



Elisabeth Schläpfer, Progressive Organisationen Basel (POB), Heilpädagogin, Grossrätin

Warum ich für den Nationalrat kandidiere?

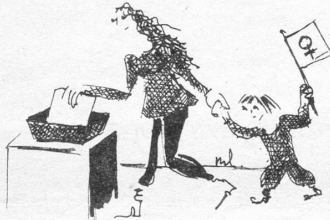
In der nächsten Legislaturperiode des Nationalrates kommen einige sehr wichtige Frauenanliegen zur Sprache. Das wird die Initiative für einen wirksamen Mutterschutz sein, die Abtreibung, die Revision des Ehe- und Familienrechts und die Initiative Gleiche Rechte für Mann und Frau. Ich finde es sehr wichtig, dass in diesen Debatten ein konsequenter feministischer Standpunkt vertreten wird.

Darüber hinaus sind mir aber auch andere Sachen wichtig, die in einem weiteren Zusammenhang gesehen die Frauen auch betreffen. Ich denke an den Umweltschutz, an die Revision der AHV, an die Bedingungen am Arbeitsplatz die für Frauen speziell schlecht sind. etc.

Weil ich in all diesen Bereichen auch aktiv sein will, bin ich in eine Partei eingetreten. Ich habe eine Partei gewählt, die in diesen Fragen eine konsequente, glaubwürdige Politik macht. Das ist für mich die POCH, eine Partei des Umweltschutzes, der Arbeitszeitverkürzung, die sich für die soziale Sicherheit einsetzt, und nicht zuletzt, in der Frauen eine Chance haben. In Basel besteht nur für eine linke Frau eine reale Wahlchance, für die Spitzenkandidatin der POCH: Ruth Mascarin. Auf der POCH-Liste sind Frauen nicht nur Zierde.

Heute habe ich innerhalb der POCH keine

frauenspezifischen Schwierigkeiten mehr. In mühsamen kleinen Schrittlchen habe ich gelernt, mich durchzusetzen, meine Bedingungen zu stellen. Ich werde ernst genommen und auch in die Parteigremien gewählt. Als ich vor etwa 6 Jahren neu dazukam, hatte ich grosse Probleme diesbezüglich. Was ich in den letzten Jahren in der Partei, aber auch im Privatleben und am Arbeitsplatz gelernt habe kommt mir heute zugute, nicht nur in der Politik. Es sind Emanzipationsprozesse, die ich vor allem der Frauenbewegung verdanke. Diese Bewegung ging auch an der POCH nicht vorüber. Viele Genossen mussten umdenken, teils in harten Diskussionen, teils in der Praxis. Im grossen ganzen ist die POCH heute eine frauenfreundliche Partei, in der wohl nicht alles zum Besten steht, in der aber wichtige Ansätze vorhanden sind. Dies ist für mich ein sehr wichtiger Punkt. Ich würde nie in einer Partei mitarbeiten, in der Frauen nur Randfiguren sind und Frauenfragen zweitrangig behandelt werden. Auch das Verständnis für die speziellen Schwierigkeiten, die Frauen haben, wenn sie aktiv werden, muss da sein. Ich fände es unter meiner Würde, in einer Partei um Verständnis für Emanzipationsprozesse zu bitten.



Im Parlament ist diesbezüglich eine völlig andere Stimmung. Jeder Grossrat findet sich der Beste und glaubt, dass der Kanton ohne ihn nicht funktionieren könnte. Es wäre falsch, an das Parlament als Frau Ansprüche zu stellen, wie ich sie an die POCH stelle. Vom Parlament erwarte ich keine Anerkennung, Zustimmung und Ermunterung. Noch hat ein feministischer Standpunkt kaum eine Chance. In den vier Jahren, in denen ich Grossrätin bin, habe ich gesehen, dass es schon ganz selten ist, dass überhaupt etwas für Frauen Interessantes auf der Traktandenliste ist. Die wichtigen Gesetze sind nicht kantonal. Der wichtigere Teil der Parlamentsarbeit ist sicher, eigene Vorstösse zu machen. So habe ich ein Frauenzentrum gefordert, habe die Probleme geschlagener Frauen zur Debatte gebracht, Massnahmen gefordert zur Bekämpfung der Kinderfeindlichkeit in der Stadt, ich habe eine Studie gefordert über die Lage der Frau im Kanton Basel. Damit hatte ich zum ersten Mal Erfolg. Die Regierung hat tatsächlich eine solche Studie in Auftrag gegeben. Das war ein Aufsteller für mich. Darin sehe ich auch im Nationalrat eine Möglichkeit viele, uns betreffende Themen zur Sprache zu bringen-eigene Vorstösse machen. Und was ich schon gesagt habe, einen feministischen Standpunkt vertreten.

Es wäre mir eine grosse Befriedigung in Bern, falls ich gewählt würde, einige Male zünftig von Leder zu ziehen. Ich würde in diesen „heiligen Hallen“ einen engagierten feministischen Standpunkt vertreten, wie man ihn bis jetzt in Bern noch nicht kennt. Abtreibung, MSV, Eherecht etc. sollen nicht mehr ohne uns abgehandelt werden. Deshalb gehört eine engagierte linke Frau nach Bern.

Wenn heute eine Frau politisiert...

Eine Frau, die heute „politisiert“, in einem Parlament mitarbeitet oder sich beispielsweise für die Nationalratswahlen aufstellen lässt, muss wissen, dass sie vorläufig Alibifrau ist, dass sie in reine Männerwelt eintaucht und die damit verbundene Schizophrenie zu ertragen hat.

Nicht nur Gesetze und Geschäftsordnungen der Parlamente, auch die Art des Miteinander-Umgehens in der Politik werden seit Generationen von Männern geprägt, die draussen im „feindlichen Leben“ hart und möglichst erfolgreich Geld für ihre Familie verdienen müssen. Gerade diejenigen – auch progressive Männer –, die sich erfolgreich in der nach Männerlogik und Männerregeln aufgebauten Politik bewegen, tragen – ohne sich dessen selbst bewusst zu sein – ein sehr traditionelles Frauenbild in sich. Ich möchte dies an einem Beispiel verdeutlichen: Vor fünfzehn Jahren wurden Marie Boehlen

und ich als erste Frauen der damals 59-köpfigen sozialdemokratischen Grossratsfraktion gewählt. Zur ersten Fraktions-sitzung wurden wir von den 57 männlichen Kollegen besonders herzlich begrüsst – Blumen für die Blumen –, nachher wurde zuerst Marie Boehlen, dann ich höflich angefragt, ob wir eventuell bereit wären, das Fraktionsprotokoll zu führen. Wir lehnten beide, teils erschreckt, teils empört, ab, ich noch mit der Frage, ob man etwa auch erwarte, dass ich jeweils für alle Kaffee koche... Soweit, so gut: Ähnliches ist sicher mancher Frau in ähnlicher Situation auch passiert. Der Clou kommt erst: Spricht mich doch in der Pause ein links-progressiv-profilierter Genosse an: „Peinlich, peinlich – nicht wahr –, dass man euch Frauen, kaum taucht ihr auf, zum Protokollschreiben verknurren will! Ich verstehe Deinen Ärger über diese ewiggestrigen Chauvinisten. Aber – dass Du so aggressiv und grob abgewimmelt hast, war ungeschickt. Hättest Du das nicht mit etwas mehr Charme tun können?“

„Eine Frau, die politisiert, sollte Frau bleiben“, meinte einer meiner Ratskollegen vorwurfsvoll. Ich meine das auch, freilich in ganz anderem Sinn. Eine Frau, die sich heute in die Politik vorwagt, gerät unter Anpassungszwang: Fügt sie sich nicht den Regeln der herkömmlichen Politik, versucht sie, in ihrer Art, natürlich und spontan, Frauenanliegen zu vertreten, wird sie belächelt, getröstet, erhält Komplimente für „Figürli, Frisürli und Kleidli“ und geht unter. Passt sich aber da eine vorerst der Männerlogik an und beginnt hart und „uncharmant“ zu argumentieren, ist sie angeblich „keine Frau mehr“ und wird deshalb abgelehnt. Das schlimmste für diese Frau ist jedoch nicht

diese Ablehnung, sondern die Frage: Muss ich mich in Männerstrukturen, casch-as-catch-can- und Pokerface-Mentalität einfügen, damit man mich als Gegner überhaupt anerkennt? (Man(n) darf die Fassung nie verlieren, muss auch dann den Überlegenen markieren, wenn einem etwas nahe geht. Wenn schon Lautstärke, Erregung und Ergriffenheit, dann nur gezielt eingesetzt, wo man sie als besonderen Effekt brauchen kann!) Gibt es überhaupt die Möglichkeit, „Frau zu sein“ in der Politik, solange wir in den Männergremien in der Minderheit sind?



Ruth Hamm, SP Bern, Lehrerin, Stadträtin

Uns Frauen Gleichberechtigung gewähren, heisst für viele, uns zu erlauben, uns in die Strukturen der Männerwelt einzupassen, uns beispielsweise einzufügen in Vereine (Parlamente), die bisher nur männliche Mitglieder aufnehmen. Für Männer ist es seit jeher eine Selbstverständlichkeit, über ihre Vereine zu politisieren, ihre Macht so abzustützen. Wenn Frauen zwar beitreten, sich aber nicht integrieren lassen in diese Vereine, wenn sie gleichzeitig versuchen, in und über Frauenorganisationen zu „politisieren“, bezichtigt man sie des Separatismus, der Männerfeindlichkeit, der Illoyalität. Dass Männer uns einladen dürfen, nun im Zuge der Gleichberechtigung in ihren Organisationen mitzuarbeiten, gleichzeitig aber Frauenorganisationen diffamieren oder belächeln, zeigt deutlich, wie die Machtverhältnisse heute – noch – sind!

Als Frau in der Partei

Als ich im Jahre 1965 in die Junge Sektion der Partei der Arbeit eintrat, sah ich überhaupt keine Probleme, die meine Stellung als Frau betrafen. Ich war mir bisher als Frau noch nie diskriminiert vorgekommen, weder zuhause noch in meinem Beruf als Lehrerin. Die Frauenfrage war auch damals noch nicht aktuell, man sprach gar nicht darüber.

Erst durch meine Mitarbeit am "Scheidungs-handbuch" der FBB erfuhr ich, wie Frauen unterdrückt werden, was sie alles von Männern erdulden müssen, und wie wenig Möglichkeiten sie haben, wenn sie sich wehren wollen. Nun schämte ich mich fast etwas meiner Naivität, mit der ich über gewisse Probleme einfach hinweggesehen hatte.

Bei den Sitzungen in dieser Arbeitsgruppe erlebte ich auch mich langsam anders, ich sprach und diskutierte mit und realisierte, dass ich früher in der Partei genau die Rolle gespielt hatte, die Frauen bis anhin immer spielten – schweigend zuzuhören. Ich hatte mich an einer Parteiversammlung nie getraut zu sprechen, sondern vorwiegend Protokolle geschrieben und getippt und die Kasse geführt.

Ich hatte mich auch gefürchtet, den Mund aufzutun, weil ich hämische Blicke der Männer erwartete und Bemerkungen wie: "Was hat denn die zu sagen?" –

Irgendwie war ich auch überzeugt gewesen, dass ich nichts zu sagen hätte, und dass andere dies viel besser tun könnten – vor allem natürlich Männer.



Käthi Weber, Partei der Arbeit Zürich, Lehrerin

Nach der Auflösung der Jungen Sektion trat ich aus der Partei aus. Der Kontakt zu einzelnen Genossen brach aber nie ganz ab und ich erfuhr aus Diskussionen mit ihnen, dass in der Partei gewisse Änderungen vor sich gingen, genauso, wie auch ich mich änderte. (1975 trat ich deshalb wieder in die Partei der Arbeit ein.) Durch meine Mitarbeit in der FBB und später in der OFRA wurde ich immer mehr mit Frauenproblemen konfrontiert, die auch mich betrafen. Ich erlebte an mir selbst, dass ich mich artikulieren konnte, und dass mir auch zugehört wurde.

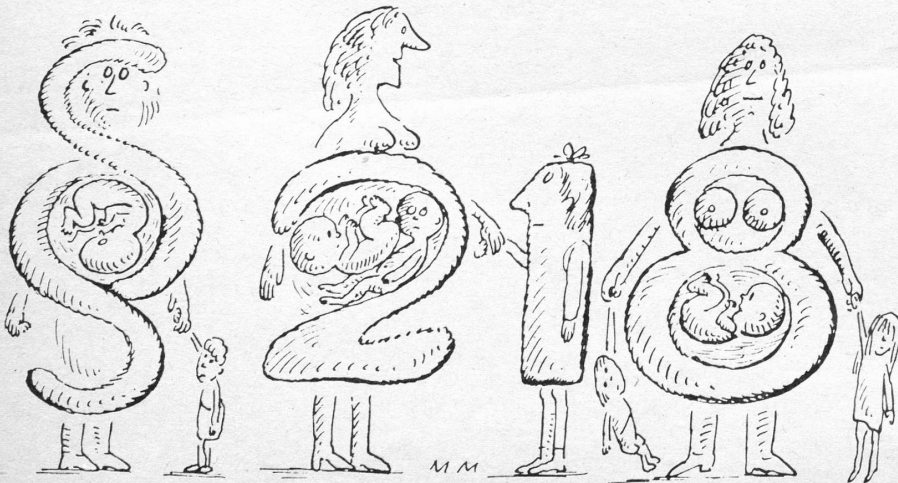
Mein neu gewonnenes Selbstbewusstsein half mir nun auch, meine Meinung an Parteiversammlungen zu äussern, wobei mir nicht nur die Solidarität der Genossinnen sehr viel half, sondern auch diejenige von "emanzipierten" Genossen. Eine Aufgabe unserer Frauenkommission, in der ich mitarbeite, ist es unter anderem auch, diese Solidarität zu fördern, auch noch viel mehr Genossinnen den Mut zu geben, ihre Meinung frei zu äussern.

Noch dominieren in sehr vielen Parteigremien die Männer, doch werden Frauen, die sich für leitende Funktionen zur Verfügung stellen, sehr gefördert.

Ich empfinde die Strukturen und die Zusammensetzung der Partei der Arbeit nicht als Ausgesprochen männlich, sondern nur vorläufig noch als zuwenig weiblich, für mich als Frau also eine Aufgabe, dies zu ändern.

Schwangerschaftsabbruch:

So nicht!



(AF) Das Problem des Schwangerschaftsabbruchs soll nicht föderalistisch, sondern in der ganzen Schweiz einheitlich geregelt werden. So möchte es die zuständige Nationalratskommission nach einem allerdings äusserst knappen Entscheid (7 zu 8 Stimmen). Die Kommission verabschiedete einen Gesetzesentwurf mit sozialmedizinischer Indikationslösung, wobei auf das Gutachten eines zweiten Arztes verzichtet wird. Die Abtreibung ist also dann straflos, wenn damit die Gefahr einer schweren Beeinträchtigung der körperlichen, seelischen oder geistigen Gesundheit der Schwangeren abgewendet werden muss. Es soll auch eine nicht anders abwendbare soziale Not berücksichtigt werden.

Die Schweizerische Vereinigung für Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs (SVSS), die damals die Fristenlösungsinitiative lanciert hatte, und die Ofra beharren auf der föderalistischen Lösung, denn im heutigen Zeitpunkt garantiert nur sie eine, wenn auch nicht optimale Lösung des Abtreibungsproblems. Es muss dem Willen des Volkes entsprochen werden, den dieses in den Abstimmungen regional verschieden zum Ausdruck gebracht hat. In einem Communiqué bringt die Ofra ihre Unterstützung über den neuen Vorschlag zum Ausdruck. Er ist nur ein zweiter Aufwasch der Indikationslösung, die bekanntlich vom Volk abgelehnt worden ist und bedeutet einen Schritt zurück. Es ist nun endlich Zeit für einen mutigen Schritt vorwärts, das heisst mindestens für eine föderalistische Lösung!